

MIKE SCHMEITZNER

Die DDR als Diktatur des Proletariats

Selbstverständnis und Kritik



Mike Schmeitzner

Die DDR als Diktatur des Proletariats

Selbstverständnis und Kritik

Titelbild: Wandbild »Aufbau der Republik« (1950–53), Max Lingner, am damaligen Haus der Ministerien, Ost-Berlin.

Foto: Wikipedia, Marek Śliwecki © VG-Bild

Prof. Dr. Mike Schmeitzner ist Historiker und wurde 1968 in Dresden geboren. Seit 1998 arbeitet er am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, zur Zeit als kommissarischer stellvertretender Direktor. Zudem lehrt er als außerplanmäßiger Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der TU Dresden. 2010/11 war er Gastprofessor für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Erfurt. Er ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zur sächsischen bzw. mitteldeutschen Regionalgeschichte im 20. Jahrhundert und zur Deutung moderner Weltanschauungsdiktaturen. 2022 erschien der von ihm herausgegebene Band »Die Diktatur des Proletariats. Begriff – Staat – Revision«.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lztthueringen.de
2026

ISBN: 978-3-910740-63-1

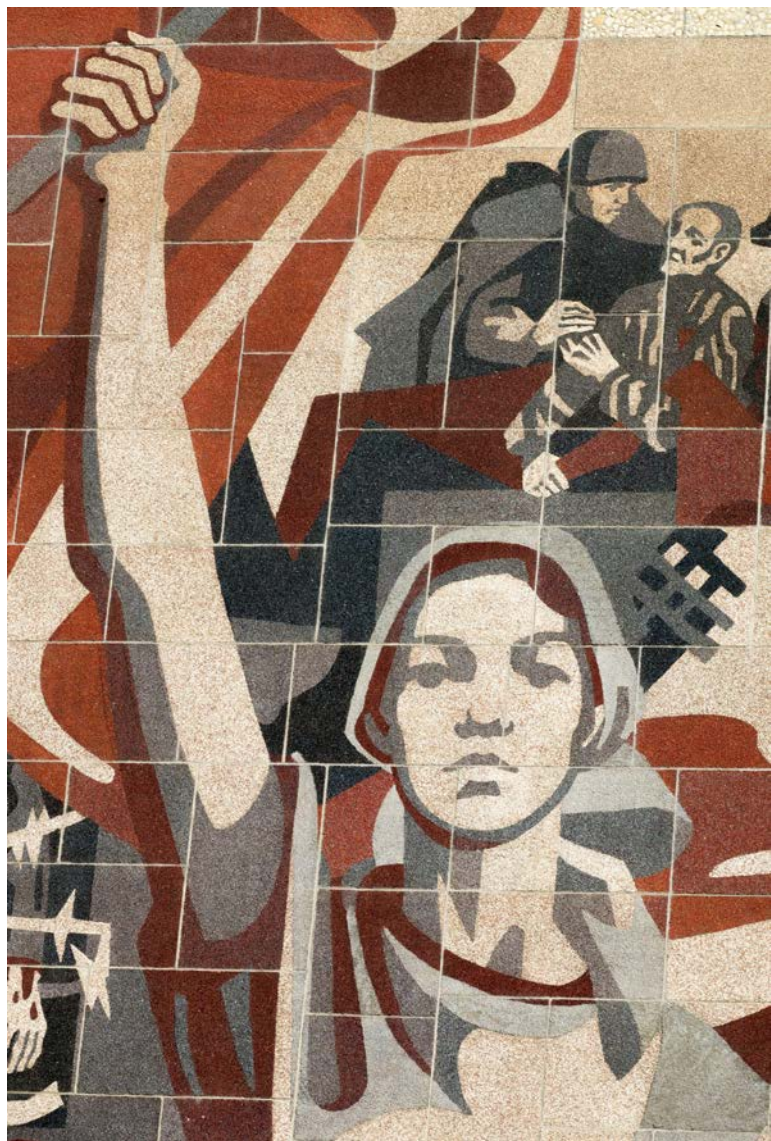
Inhalt

Einleitung	5
Die Diktatur des Proletariats: Ein persönlicher Blick zurück	7
Eine demokratische Diktatur? Die Urväter Marx und Engels	11
Partei- oder Klassendiktatur? Lenin oder Luxemburg?	15
Keine Diktatur? Anton Ackermann und der demokratische Weg zum Sozialismus	21
Auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats: Von der SBZ zur DDR	27
Die Proletarier und die Diktatur	31
Vor neuen Herausforderungen: Die Verteidigung der Diktatur 1968 und 1976	35
Fazit	41
»Diktatur des Proletariats« – Biographisches Glossar	43
Literatur	49
Endnoten	51

Einleitung¹

Seit 1989 hat die untergegangene DDR die verschiedensten Zuschreibungen erfahren. War sie für die einen eine »Fürsorgediktatur« (Konrad Jarausch), definierten sie andere als »linkstotalitäre Diktatur« und »sowjetische Satrapie« (Hans-Ulrich Wehler). In der Publizistik fand der Begriff »Unrechtsstaat« Eingang. Doch welches Erkenntnis ergibt sich aus den unterschiedlichen Zuschreibungen? Was sagen sie aus über den Herrschaftscharakter der DDR? Der in der DDR sozialisierte Publizist Jens Bisky hat vor einigen Jahren darauf hingewiesen, dass der Begriff »Unrechtsstaat« die »Paradoxie der DDR« verdecke: Die DDR sei eine Diktatur gewesen, die auch »eine sein wollte«. Jeder habe in der Schule gelernt, »dass er in einer Diktatur lebt, in einer Diktatur des Proletariats«. Ein demokratischer Rechtsstaat wie die Bundesrepublik wollte die DDR nie sein. Und ihre Propaganda habe »großen Wert« daraufgelegt, die »Unterlegenheit der ›bürgerlichen Demokratie‹ zu demonstrieren«.²

Doch wollte die DDR tatsächlich eine Diktatur sein? Und hat sie das auch öffentlich bekundet? Es gibt Historiker, die das bestreiten und die darauf verweisen, dass der Begriff »weitgehend gemieden«³ oder »nur parteiintern«⁴ verwendet worden sei. Im Namenskürzel DDR tauchte jedenfalls das Wort demokratisch und nicht das Wort diktatorisch auf. Was verbarg sich hinter diesem eher negativ geprägten Begriff von der Diktatur des Proletariats? Und welchen weltanschaulichen Stellenwert hatte er für die DDR-Staatspartei SED? Gab es vielleicht historische Konjunkturen der Begriffsverwendung? Woher stammte eigentlich der Begriff? Doch beginnen wir mit einer persönlichen Frage: Was habe ich über die Diktatur des Proletariats vor der Zeitenwende 1989 gewusst?



Alamy/Cum Okolo, 2Y45PA1

Auszug aus dem Wandbild »Der Weg der roten Fahne« am Dresdner Kulturpalast, 1969.

Die Diktatur des Proletariats: Ein persönlicher Blick zurück

Das Thema treibt mich schon lange um: Seit Jahren publiziere ich über den Begriff und dessen Bedeutung. Erste Berührungen mit dem Thema liegen jedoch viel weiter zurück. Bereits in meiner Schulzeit wurde ich damit konfrontiert: Beim zweijährigen Besuch der Erweiterten Oberschule (EOS) »Friedrich Engels« in Dresden lief ich täglich an der Büste des »Klassikers« vorbei. Diese »Begegnungen« schreckten mich nicht ab, sondern motivierten mich zur weiteren Lektüre. Mit Interesse las ich die Spätschriften von Engels aus den Jahren 1890 und 1895. Seine Einlassungen zur Diktatur des Proletariats schienen nicht zu den diktatorischen Realitäten der DDR zu passen. War sein Verständnis von Diktatur des Proletariats nicht ein anderes, nämlich demokratischeres als das der SED? Und warb er nicht auch für ein Höchstmaß an Meinungsfreiheit? Im Geschichts- und Staatsbürgerkundeunterricht spielte der Begriff nach meiner Erinnerung eine größere Rolle. Ich kann mich gut erinnern, dass ich das Thema einmal selbst ansprach: Einige Jahre zuvor, nämlich 1970, war der Sozialist Salvador Allende zum Präsidenten Chiles gewählt worden. Ich warf – mit Friedrich Engels – ein, dass man ja an diesem Beispiel sehe, dass sich Sozialismus mit dem Stimmzettel, also auf demokratischem Weg einführen lasse. Der Staatsbürgerkundelehrer konterte dies mit dem Hinweis, dass man doch mit Blick auf Allendes Sturz 1973 begreifen müsse, wohin das geführt habe. Ohne die bereits »bei uns« erprobte Form der Diktatur des Proletariats könne man eben den Sozialismus nicht einführen und gegen die »Reaktion« durchsetzen.



Bundesarchiv, Bild 183-M0831-015, Ulrich Kohls

Erich Mückenberger (SED) (2.v.l.), und der chilenische Präsident Dr. Salvador Allende (rechts) 1973 in Santiago de Chile.

Doch solche Erfahrungen entmutigten mich nicht. Spätestens nach der Lektüre von Rosa Luxemburgs Essay »Zur russischen Revolution« von 1918 wusste ich, dass Diktatur des Proletariats nicht automatisch die Diktatur einer sozialistischen oder kommunistischen Partei bedeuten müsse. Es war wohl 1987, als ich den berühmten vierten Band ihrer Gesammelten Werke in die Hände bekam. Dort war der erstmals 1974 in der DDR veröffentlichte Text abgedruckt. Dass in Luxemburgs Essay die an die Macht gelangten Bolschewiki⁵ nicht pauschal verurteilt wurden, nahm ich damals nicht so richtig zur Kenntnis. Bemerkenswert subversiv – auch und gerade in den späten 1980er Jahren – las sich aber ihre Kritik an den Herrschaftsmethoden der Bolschewiki. War nicht das, was sie da kritisierte, in der DDR Realität? Von einer »Freiheit der Andersdenkenden« – wenn auch vielleicht nur für linke Mitbewerber – konnte keine Rede sein. Luxemburg hatte mit ihrer Kritik an der Herrschaft einer Partei und ihrer »Clique« den Finger in die Wunde gelegt.⁶ Die Parteidiktatur war das Gegenteil der Diktatur einer

Klasse, die sich selbstverwaltete. Gerade in diesem Punkt war ihre Kritik fundamental und ätzend, die Sprache brillant; vieles las sich so, als wenn sie im Jahre 1987 die Herrschaft der SED kritisiert hätte. Den Band mit all meinen Unterstreichungen an den »sensiblen« Stellen habe ich heute noch.

Fast zur selben Zeit, als ich Luxemburgs Essay las, stellte ich fest, welche Blüten die Diktatur des Proletariats selbst im Kulturwesen der DDR trieb: Damals war ich ein begeisterter Leser des bekannten anarchistischen Schriftstellers B. Traven, den es nach seinem Engagement für die Münchner Räterepublik nach Mexiko verschlagen hatte. Seine ersten sozialkritischen und zumeist in Mexiko spielenden Werke hatten schon Ende der 1920er-Jahre für Furore gesorgt, in der DDR erschienen sie ab 1954. Vom Roman »Regierung«, der seit 1964 in der DDR veröffentlicht wurde, war ich besonders angetan: Traven erklärte darin, dass mexikanische Indigene weder »kommunistische und sozialistische Parteiprogramme« noch »Regierung« oder Wahlmethoden wie in Lenins Sowjetstaat benötigten. Von den Indigenen könnten die Proletarier basisdemokratische Rotationsverfahren lernen, mit denen sich »lebenslängliche Herrschaft und Diktatur« verhindern ließen.⁷ Im Nachwort des Ost-Berliner Verlags musste ich dann lesen: »Traven fehlt das tiefere Verständnis der Klassenfrage, er begreift nicht die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als Durchgangsstadium auf dem Weg in die klassenlose Gesellschaft. Hier liegen die Grenzen seines antikapitalistischen Rebellentums.« Er sei ein »richtungsloser« Anarchist.⁸ Über diesen Verriss war ich ehrlich empört: Die Wahlmethoden der mexikanischen Indigenen schienen mir erfolgversprechender als die der SED, zumal mich Travens Kritik an Luxemburgs Kritik erinnerte. Und außerdem: Aus welchem Grund sollten Indigene eine Diktatur des Proletariats errichten wollen? Andererseits begriff ich schon damals, dass der Roman ohne dieses Nachwort in der DDR nicht hätte erscheinen können.

ROSA LUXEMBURG GESAMMELTE WERKE



Buchcover Rosa Luxemburg »Gesammelte Werke« (Dietz-Verlag 1987).

Eine demokratische Diktatur? Die Urväter Marx und Engels

Für die SED-Diktatur beinhaltete die Formel von der Diktatur des Proletariats nicht einfach nur einen Begriff, sondern eine »Lehre« und damit eine entscheidende Legitimation. Sie bildete aus ihrer Sicht das »Kernstück der marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie«.⁹ Mittels dieser »Lehre« sollte die sozialistische »Übergangsperiode« zwischen der kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaftsordnung wissenschaftlich begründet werden. Der Ausgangspunkt wurde dabei in Äußerungen von Karl Marx gesehen, die in zeitlicher Nähe zu den fehlgeschlagenen französischen Revolutionen von 1848 und 1871 lagen. In einzelnen seiner Werke wie den »Randglossen zum Gothaer Programm« (1875) verwendete er den Begriff der Diktatur des Proletariats. Und schon 1852 hatte er in seinem bekannten Brief an den politischen Weggefährten Joseph Weydemeyer herausgestrichen, dass sein Verdienst nicht etwa in der Entdeckung des Klassenkampfes liege, sondern im Nachweis, dass der »Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats« führe und diese Diktatur »selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft« bilde.¹⁰ Inwieweit Gewalt dabei eine Rolle spielen sollte, haben Marx und Engels je nach Zeitumständen unterschiedlich beurteilt.

Auch wenn Marx nicht der Urvater des Begriffs Diktatur des Proletariats war, so entfaltete vornehmlich seine Definition von 1875 eine größere Wirkung. In den erst 1891 veröffentlichten »Randglossen« zum Gothaer Programm der vereinigten deutschen Sozialdemokratie hieß es: »Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt



Wikipedia/Josef Streichholz

Bronzeplastik von Ludwig Engelhardt, 1986 für das Karl-Marx-Forum am Berliner Alexanderplatz fertiggestellt. Im August 2022 kehrte die Plastik nach langjähriger Versetzung an ihren ursprünglichen Platz zurück.

die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.«¹¹ Die sozialdemokratische Spitze hatte dieses Diktaturpostulat 1875 intern beiseite geschoben und sich stattdessen wiederholt zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht sowie zum »freien Volksstaat« bekannt. Ihr programmatisches Profil änderte sich im Gefolge des Sozialistengesetzes (1878–1890) und der hier erfahrenen staatlichen Repressionen: Wenige Wochen nach Veröffentlichung der Marx'schen »Randglossen« forderte die SPD in ihrem neuen Programm zwar nicht die Diktatur des Proletariats. Doch bekannte sie sich zu den Marx'schen Entwicklungsgesetzen und dem Endziel einer klassenlosen Gesellschaft. Vom »freien

Volksstaat« war keine Rede mehr, dafür aber nach wie vor vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht.

Das zwiespältige Bekenntnis machte aus Sicht der deutschen Verhältnisse einigen Sinn: Aufgrund der industriellen Entwicklung und des stetigen Wachstums der Arbeiterschaft zur beherrschenden sozialen Klasse ließ sich die von Marx erwähnte »Übergangsperiode« bei demokratischem Wahlrecht selbst per Stimmzettel einführen. Diese überaus optimistische Ansicht vertrat am Ende seines Lebens auch Friedrich Engels aufgrund des fast beständigen Wachstums der deutschen Arbeiterpartei. Von ihm stammte zudem der Hinweis, dass die »demokratische Republik« sogar die »spezifische Form der Diktatur des Proletariats« sei.¹² Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass es sich bei der von Marx und Engels propagierten Formel um keine einfache Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur handelte. Diktatur des Proletariats hieß für beide die politische und ökonomische Herrschaft der großen Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiterschaft. Mit anderen Worten: die Realisierung einer »wahren Demokratie«. Beseitigt werden sollte hingegen die »Diktatur der Bourgeoisie«, mithin einer kleinen Minderheit der Bevölkerung.

Marx und Engels hatten die Erwartungshaltung, dass sich im Zuge seiner Machtergreifung *das* Proletariat als herrschende Klasse etablieren würde, um anschließend alle Klassenherrschaft aufzuheben und den Staat als bisheriges Unterdrückungsinstrument zum »Absterben« zu bringen. Dies aber kontrastierte mit den Aufgaben, die sie dem Proletariat auferlegten: Da war bereits im »Kommunistischen Manifest« (1848) die Rede von der Verstaatlichung der privaten Wirtschaft und von einer zentralen Wirtschaftsplanung, später auch von der Niederhaltung der bürgerlichen Gegner.

Die entscheidende Frage aber, wer bzw. welche Gruppe konkret die Staatsgeschäfte leiten, die Wirtschaft kontrollieren und den Klassengegner niederhalten sollte, wurde zu keinem Zeitpunkt hinreichend beantwortet. War hier eine (Arbeiter-) Partei als Vorhut der Arbeiter gemeint, wie Marx und Engels

hin und wieder bekundeten? Wie aber verhielt es sich dann mit politischem Pluralismus? Welche Grundrechte hatte der einzelne Arbeiter bzw. Mensch? Und wer garantierte diese Rechte – unabhängige Gerichte? Wie sollte der diktatorische Über-Staat wieder rückgebaut und letztlich gänzlich aufgehoben werden? Und wer sollte daran ein Interesse haben? Diejenigen, die an den Schalthebeln der neuen proletarischen Machtapparate saßen? Wie realistisch konnte eine solche Perspektive sein? Zudem: Konnte es überhaupt ein homogenes Proletariat bzw. eine homogene Arbeiterklasse geben? Existierten nicht auch hier soziale wie konfessionelle Differenzen und unterschiedliche Interessen? Und war von daher die Auffassung von *der* Arbeiterklasse als Subjekt der Geschichte nicht selbst utopisch und illusionär?

Partei- oder Klassendiktatur? Lenin oder Luxemburg?

Wie man sieht, hinterließen Marx und Engels mehr Fragen als Antworten. Fatal war, dass sie zentrale Elemente der liberalen Demokratie (wie z. B. Gewaltenteilung, Minderheitenrechte sowie Wahlrecht und Pressefreiheit auch für bürgerliche Gegner) offensichtlich nur mit der überkommenen »bürgerlichen Herrschaft« verknüpften. Wer aber solche Leerstellen schuf, musste sich über gegenteilige Begriffsauslegungen nicht wundern. Der demokratische Marxist und SPD-Cheftheoretiker Karl Kautsky etwa versuchte, den Begriff der Diktatur des Proletariats spätestens 1918 mit Elementen der liberalen Demokratie zu verbinden. Diktatur des Proletariats hieß für ihn Herrschaft der Arbeiterschaft im gesellschaftlichen Raum, aber ohne diktatorisches Regierungssystem. Der Reformsozialist Eduard Bernstein lehnte den Begriff als »Phrase« gleich gänzlich ab. Er warnte vor den zu erwartenden repressiven Konsequenzen einer solchen Herrschaft.¹³ Beide Positionen setzten sich in der rasch wachsenden SPD mehrheitlich durch.

Wie recht Bernstein mit seiner Warnung hatte, demonstrierte mit Lenin ein linker Vertreter der russischen Sozialdemokratie. Schon lange vor 1917 erklärte Lenin, dass sich die Diktatur des Proletariats »auf Gewalt und nicht auf das Gesetz« stütze – sie sei »unbeschränkt«.¹⁴ Solche Aussagen konnten angesichts der autokratischen Prägung des russischen Zarenreiches nicht überraschen. Doch machte Lenins innerparteiliche Vorstellung von einer verschworenen Elite von Berufsrevolutionären eine (spätere) autokratisch angelegte Parteidiktatur noch wahrscheinlicher. Im Gegensatz zu den großen sozialdemokratischen Parteien Mittel- und Westeuropas ließen Lenin

und seine Anhänger den Begriff der Diktatur des Proletariats sogar explizit in das neue russische Parteiprogramm von 1903 aufnehmen. Mit Blick auf die bäuerlichen Verhältnisse in diesem Land mussten solche Vorstellungen auf eine Minderheitsdiktatur hinauslaufen.

Der kriegsbedingte Zusammenbruch des russischen Reiches 1917 gab Lenin und seinen Anhängern die historische Chance, eine solche Diktatur zu errichten, die von Beginn an autokratische Züge hatte. Mangels eigener Mehrheit ließen Lenins Kommunisten das neu gewählte Parlament gewaltsam auflösen. Aber auch die neuen »parlamentarischen« Klassenvertretungen, die Arbeiter- und Bauernräte (russ.: Sowjets), kamen nicht wirklich zum Zuge. Denn weit bedeutsamer als diese waren Lenins Regierung der Volkskommissare und die bolschewistisch-zentralistische Kaderpartei. Sie bildeten sehr schnell die Machtgrundlage des neuen Sowjetrusslands. Die Kommunisten schufen zudem einen neuen Staatsapparat mit Roter Armee und geheimdienstlichen Sonderkommissionen (Tscheka) zur Niederwerfung von Gegnern. Die Wirtschaft wurde sozialisiert und zentral gesteuert. Bereits im Jahre 1920 erklärte Lenin ganz ungeniert: »Keine einzige wichtige [...] Entscheidung wird in unserer Republik von irgendeiner staatlichen Institution ohne Direktiven des Zentralkomitees unserer Partei entschieden.«¹⁵

Bei der sowjetischen Form der Diktatur handelte es sich um eine Minderheitsdiktatur, auch wenn Lenin diese zuerst als »Diktatur der Arbeiter und Bauern« bezeichnete. Denn die neue herrschende Partei, die jetzt im Namen des Proletariats eine parteibürokratisch organisierte Herrschaft über das Volk errichtete, war keineswegs die einzige und auch nicht die stärkste linke Kraft gewesen. Und sie gab vor, ein Proletariat zu vertreten, das selbst nur eine Minderheit des bäuerlich geprägten Landes bildete. Gegen solch widersinnige sozialökonomische Voraussetzungen hätte wohl selbst Marx Widerspruch erhoben. Erst nach der »Machtergreifung« (Lenin) agierte die neue Staatspartei als eine Art Modernisierungsmaschine: Sie



Wikimedia, Smirnov N.

Lenin und Truppen der Roten Armee auf dem Roten Platz in Moskau, 25. Mai 1919.

forderte und forcierte eine schnelle Industrialisierung und damit eine wachsende industrielle Arbeiterschaft.

Der sowjetische Einparteiistaat wurde relativ rasch zum verbindlichen Modell für alle Mitgliedsparteien der bald von Moskau kontrollierten Kommunistischen Internationale. Die KPD wie späterhin die SED vermochten ebenso wenig wie die von ihnen geschaffene DDR diese Prägung je zu leugnen. Im Gegenteil: Es war gerade die KPD, in der seit Ende der 1920er-Jahre der Prozess der Bolschewisierung und Stalinisierung am zügigsten vorangetrieben wurde.

Dabei hatte es in der Gründungsphase der KPD 1918/19 noch ganz andere Überlegungen gegeben: Denn weder Rosa Luxemburg noch Karl Liebknecht, die Führer der deutschen Kommunisten, waren uneingeschränkte Anhänger Lenins und der Bolschewiki. Vor allem Luxemburg folgte ihrem eigenen geistigen Kompass. Schon 1904 hatte sie in der von Karl Kautsky herausgegebenen SPD-Theorie-Zeitschrift »Neue Zeit« schärfste Kritik an Lenins Parteimodell geübt, das sie als »ultrazentralistisch« attackierte. Zwar begrüßte sie in ihrem Essay



Bundesarchiv, Bild 183-H27001

Rosa Luxemburg auf dem Parteitag der SPD in Stuttgart, 1907.

»Zur russischen Revolution« (1918) die Revolution im Osten, schließlich war sie Befürworterin einer Diktatur des Proletariats. Doch unterschied sie dort klar zwischen der Klassen- und der Partei- bzw. Cliquendiktatur:

»Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, [...], und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden,

um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.«¹⁶

Das war in der Tat eine ebenso hellsichtige wie einprägsame Analyse von Lenins Herrschaft. Dass diese Analyse noch in der späten DDR so viel Aufmerksamkeit fand, lag zum einen am ganz ähnlichen Zustand des politischen Systems und zum anderen an der dort endlich erfolgten Veröffentlichung. Nach Luxemburgs Ermordung Anfang 1919 und dem Scheitern der Arbeiterräte-Bewegung in Deutschland schwenkte die neu gegründete KPD vollständig auf Lenins Prämissen um. Ende der 1920er Jahren wurden junge Kommunisten wie etwa Erich Honecker, Erich Mielke, Anton Ackermann und Fred Oelßner an der Moskauer Lenin-Schule ausgebildet und auf den leninistischen Diktatur-Begriff verpflichtet. In ihrer »Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« von 1930 proklamierte die KPD-Führung ganz offen als Ziel ein »Sowjetdeutschland« als proletarische Diktatur.



Wikipedia

Plakat »Stinnes-Diktatur oder Diktatur des Proletariats?«, der KPD, 1924 – Hugo Stinnes war ein einflussreicher deutscher Industrieller und Politiker, der in der Weimarer Republik als Symbol für wirtschaftliche Macht und konservative Interessen galt.

Keine Diktatur? Anton Ackermann und der demokratische Weg zum Sozialismus

Ein Umdenken setzte erst einige Zeit nach der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten 1933 ein. Hatte die KPD sogar noch Ende 1933 der NS-Diktatur die Diktatur des Proletariats als Ziel gegenübergestellt, kam 1935 die Kehrtwende. Im Zeichen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen wollte die KPD-Führung nun auch mit Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten zusammenarbeiten. Der Diktatur-Begriff wurde auch angesichts der Nazi-Diktatur zugunsten eines besonderen Demokratie-Begriffs zurückgestellt, aber nicht aufgegeben, wie der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck in einem Aufsatz 1936 herausstrich. Doch die Form der Demokratie, auf die sich die nach Moskau exilierte Führung der KPD festlegte, maß den Kommunisten im Korsett eines künftigen antifaschistisch-demokratischen Parteien-»Blocks« eine entscheidende Rolle zu. Das wurde auch im programmatischen »Aufruf« der Partei vom Juni 1945 deutlich. Die aus Moskau heimgekehrte KPD-Führung orientierte vordergründig auf eine »parlamentarisch-demokratische Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk« und für ein breites Bündnis mit allen »antifaschistisch-demokratischen« Kräften. Mit dem Bekenntnis, es sei falsch, »Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen«, da »dieser Weg [...] nicht den *gegenwärtigen* Entwicklungsbedingungen in Deutschland« entspreche,¹⁷ nahm die Partei vor allem Rücksicht auf die gemeinsame Besetzung Deutschlands durch die Sowjetunion, die USA, Frankreich und Großbritannien.

Die KPD hoffte, zur stärksten gesamtdeutschen Volkspartei aufzusteigen und mit den in der Sowjetischen Besatzungszone

(SBZ) vorgenommenen Weichenstellungen umsetzungsfähige Anregungen für die Westzonen geben zu können. Insofern ist es nicht abwegig, dem neuen »starken Mann« der KPD, Walter Ulbricht, und seinem engsten kommunistischen Führungskreis zu unterstellen, sie hätten 1945 zunächst eine »Diktatur der Mehrheit« aufzurichten versucht.¹⁸

Dass die Kommunisten dem Begriff der Diktatur des Proletariats nicht abgeschworen hatten, verdeutlichte der vormalige Leiter der Moskauer KPD-Parteischule, Hermann Matern. Im September 1945 erklärte Matern als neuer sächsischer KPD-Chef intern: Der Staat sei nach Marx »das Instrument zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere«, und zwar »sowohl in der Monarchie, im bürgerlichen Staat, im Faschismus, als auch in der Diktatur des Proletariats. Der Unterschied liegt darin, dass in der Monarchie, im bürgerlichen und faschistischen Staat eine kleine Minderheit über die große Mehrheit diktiert, während bei der Diktatur des Proletariats die Mehrheit über die Minderheit herrscht – also, Demokratie!« Zur deutschen Situation sagte Matern, hier sei »zur Zeit aus verschiedenen Gründen die Diktatur des Proletariats nicht möglich. Wir sind *deshalb* für die Demokratie, aber diese ist eine *besondere*.« Der Weg gehe »über die *wirkliche* Demokratie zum Sozialismus«. Über diesen solle man jedoch nicht reden, sondern ihn »machen«. Über das »Wie« erklärte er ganz offen: »Die Unternehmer werden nicht enteignet, weil sie Kapitalisten sind, sondern weil sie Faschisten sind.«¹⁹

Die »wirkliche« Demokratie sollte nach Meinung der KPD – und im Unterschied zur »formalen« bzw. »bürgerlichen« Demokratie – die »Macht der Kriegsverbrecher und Militaristen« und »reaktionären Junker« brechen, der »wirtschaftlichen Vormachtstellung der großen Kapitalisten [...] ein Ende« bereiten und den Staatsapparat säubern.²⁰ Solche Forderungen waren wegen der NS-Unterstützung der alten Eliten auch in anderen Parteien (SPD und CDU) populär. Doch in der SBZ verfocht die KPD mit solchen Überlegungen nur »antifaschistisch-demokratische« Teilziele ihrer späteren Herrschaft. Anders als

vor 1933 verfügten die Kommunisten mit den seit Sommer 1945 übernommenen Schlüsselpositionen in den Zentral- und Landesverwaltungen der SBZ über die »Kommandohöhen« (H. Matern) zur Realisierung ihrer Politik.

In seinem weithin beachteten Beitrag »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« erklärte der KPD-Chefideologe Anton Ackermann Anfang 1946, dass ein solcher Weg »ein relativ leichter und friedlicher« sein könne. Voraussetzung dafür sei aber eine gesamtdeutsche »Einheitspartei der Arbeiter«, die als soziale Klasse ohnehin die Mehrheit bilde. Ackermanns Hinweis, dass sich durch eine solche »Einheit« die »Zerschmetterung« der sozialdemokratischen Partei (wie in Russland nach 1917) erübrige,²¹ ließ aber schon aufgrund der Wortwahl deutlich werden, was er unter »konsequenten Marxismus« verstand. Die Vereinnahmung der SPD durch die KPD im Frühjahr 1946 nur in der SBZ beseitigte die größere der beiden Parteien vor den anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen, ohne sie »zerschmettern« zu müssen. Dass diese erzwungene Einheit in der SBZ die Einheit in ganz Deutschland verhindern musste, lag auf der Hand.

Auf den komplizierten Zusammenhang von Teilziel und »Endziel« hatte ausgerechnet Ackermanns politischer Ziehsohn, der Moskau-Kader Wolfgang Leonhardt, die Parteimitglieder Anfang 1946 eingestimmt: Der spätere Dissident und Autor des Buches »Die Revolution entlässt ihre Kinder« wandte sich gegen sämtliche reformistische Wege des Hineinwachsens in den Sozialismus. Für ihn – und selbstredend für die Führung der KPD – stand außer Frage, dass die »Aufrichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats) eine unbedingte Voraussetzung des Sozialismus« bilde. Als Teilziel bestimmte er erstens den »Aufbau einer antifaschistischen, demokratischen, parlamentarischen Republik mit gesetzlich gesicherten, weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten der Arbeiter und Werktätigen« und zweitens als »Endziel« die »Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse«. Wie

selbstverständlich bemühte der Autor zuletzt auch die Marx-sche Definition von der »revolutionären Diktatur des Proleta-riats« als Legitimation.²² Nur wenige Wochen später veröffent-lichte der KPD-Parteiverlag »Neuer Weg« die Broschüre »Kritik des Gothaer Programms« in einer Erstauflage von 500.000 Stück. Darin tauchten neben Texten von Marx und Engels zur Diktatur des Proletariats auch entsprechende Abhandlungen Lenins auf.

In den »Grundsätzen und Zielen« der neu geschaffenen SED hatte die KPD mit Rücksicht auf die SPD auf den Begriff der Diktatur des Proletariats verzichtet. Stattdessen war dort von der »Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter-klasse« und einem »demokratischen Weg zum Sozialismus« die Rede.²³ Wie SED-Spitzenfunktionäre solche Einlassungen im persönlichen Gespräch kommentierten, erfuhr der US-ame-rikanische Kulturoffizier Malvin J. Laski auf einer Reise durch Thüringen im September 1946: Auf seine Frage nach der Dik-tatur des Proletariats als Einparteienstaat erhielt er die dip-lomatische, aber aufschlussreiche Antwort: »Wir sind nicht grundsätzlich gegen das leninistische Dogma von der Diktatur des Proletariats, gegenwärtig ist es jedoch noch jenseits des politisch Möglichen.«²⁴ In der Tat hatte die SED vor den Ge-meinde- und Landtagswahlen im Herbst 1946 alle Hände voll zu tun gehabt, Vorwürfe, sie würde eine neue Diktatur errich-ten wollen, zu entkräften. Trotz massiver Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht hatte die SED vor allem in Berlin eine deutliche Schlappe erlitten. Es waren die ersten und letzten Wahlen, die nach getrennten Listen stattfanden.

Angesichts der massiven Diktaturvorwürfe aus Richtung der CDU und LDP sowie der West-SPD und angesichts von Vor-würfen ehemaliger SPD-Funktionäre in der SED distanzierte sich Ackermann in einer internen Wahlnachlese Ende Okto-ber 1946 klar vom Begriff der Diktatur des Proletariats: »Poli-tische Macht der Arbeiterklasse« und Diktatur des Proletariats seien nicht dasselbe. In Deutschland käme man aufgrund der Mehrheit der Arbeiterklasse und ihrer immer noch möglichen



Wikipedia/Deutsche Fotothek

Anton Ackermann auf dem 15. Parteitag der KPD im Deutschen Theater Berlin, 19. April 1946.

Einheit auf demokratischem Weg zum Ziel. Im agrarischen Russland hätten Lenins Kommunisten 1917 nur die Minderheit der Bevölkerung hinter sich gehabt, deshalb sei ihr Kampf »hart« und »grausam« und eine »Diktatur« notwendig gewesen. Für diese Äußerungen kassierte Ackermann nicht nur die interne Kritik der Besatzungsmacht, sondern auch die der eigenen früheren KPD-Funktionäre. Der spätere DDR-Bildungsminister Paul Wandel hielt nichts von einer solchen Gegenüberstellung; man könne eben nicht auf den Diktatur-Begriff und auf eine »Gewaltanwendung gegenüber der besiegten herrschenden Klasse« verzichten. Es werde einen »scharfen Kampf« geben und dazu benötige man auch die »harte Hand« und den eigenen »Machtapparat«.²⁵ Wandel wusste besser als Ackermann, welche Schlussfolgerungen aus den

Herbstwahlen in der SBZ und dem Scheitern der KPD/SED im Westen zu ziehen waren.

Seit Spätherbst 1946 arbeitete die SED mit Nachdruck und massiver Unterstützung der Besatzungsmacht an der Verwirklichung ihres Teilziels in der SBZ. »Wirkliche« Demokratie bedeutete hier den Aufbau bzw. die Sicherung der »Machtapparate« (z. B. der Innenministerien der Länder), den Aufbau einer neuen politischen Polizei (K 5), die Schaffung von Länderverfassungen ohne Gewaltenteilung, keine Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, die schleichende Beseitigung von politischem Pluralismus aufgrund der hegemonialen Rolle der SED im Parteien-Block und eine aktive Verstaatlichungs- und Planwirtschaftspolitik auf Länderebene. Im April 1947 war der Zeitpunkt gekommen, den Diktatur-Begriff ganz unverblümt in die Öffentlichkeit zu rücken: Frida Rubiner, die für Marxismus-Leninismus zuständige Dekanin an der Parteihochschule der SED, betonte im SED-Theorieorgan »Einheit« die Dialektik von Demokratie und Diktatur (des Proletariats). Und sie setzte sich dafür ein, den Diktatur-Begriff nicht zum »Schreckgespenst« zu machen. Dabei ließ sie offen, ob es in der SBZ zu jener »Form der Diktatur des Proletariats« kommen würde wie in Russland nach der Revolution von 1917.²⁶

Auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats: Von der SBZ zur DDR

1947/48 wurde dann deutlich, dass das Modell der »wirklichen« Demokratie noch nicht einmal im SPD-regierten Hessen Nachahmer fand, wo immerhin eine breite Mehrheit der Bevölkerung für eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien plädiert hatte. Der Kalte Krieg gewann an Fahrt, so dass sich eine Teilung Deutschlands immer klarer abzeichnete. Unterdessen eskalierte in der von einschneidenden Umbrüchen gekennzeichneten SBZ die gesellschaftliche Lage weiter. Die von Frida Rubiner noch offen gelassene Frage zugunsten einer härteren Form der Diktatur war damit entschieden. 1948 nahm die SED Kurs auf ihr »Endziel« nur in der SBZ. Ihre Führung erklärte im Herbst 1948 die »Theorie über den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus« für überholt und den »revolutionären Weg zum Sozialismus«, d. h. die »Diktatur des Proletariats«, zur Tagesaufgabe.²⁷ Anton Ackermann wurde vom Hardliner Fred Oelßner als SED-Chefideologe abgelöst. Bereits ein halbes Jahr zuvor, im April 1948, hatte Walter Ulbricht angesichts der katastrophalen Lage hohe sowjetische Offiziere gebeten: »Lassen Sie uns die Diktatur des Proletariats errichten, dann wird es einfach sein, alle Fragen zu lösen.« Es mache keinen Sinn mehr, »Demokratie [zu] spielen«.²⁸ Ulbrichts Ruf nach der »offenen Diktatur«²⁹ wurde von Moskau erhört. Oelßner erhielt die Aufgabe, dies ideologisch zu bemänteln.

Im Zentralorgan der SED kündigte der Chefideologe der Partei die Durchsetzung der Diktatur mit Hilfe Moskaus offen an: Anders als im alten Russland benötige es keines »bewaffneten Aufstandes« mehr, um zur Herrschaft der Arbeiterklasse zu kommen. Wichtige Voraussetzungen seien bereits durch

die sowjetische Armee geschaffen worden: Den alten Staatsapparat habe die Sowjetarmee zu Gunsten eines neuen »antifaschistisch-demokratischen« zerschlagen, in dem *die* Arbeiterklasse »entscheidenden Einfluss« besitze. Im Übrigen habe die Besatzungsmacht die »oberste Staatsgewalt« inne. Sie könne die »Reaktion« niederhalten und den »gesellschaftlichen Fortschritt« fördern. Ähnlich unverblümt warnte Oelßner vor der »falschen Vorstellung«, »mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, des Stimmzettels, zum Sozialismus« zu kommen, was nichts anderes war als eine Absage an Wahlen nach getrennten Listen in der SBZ. Die »bürgerliche Demokratie« sei nun einmal die »Diktatur des Finanzkapitals«, die proletarische Diktatur jedoch die »höchste Form der Demokratie, nämlich Demokratie für die breiten Volksmassen«.³⁰ Das war die Ankündigung der Diktatur des Proletariats als Parteidiktatur.

Die von Oelßner öffentlich beschworene »Verschärfung des Klassenkampfes« zielte vor allem gegen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Widerstand. Aus seiner Sicht waren das »antidemokratische Kräfte«, die den Weg in die Diktatur des Proletariats behinderten. Konkret ging es für die mittlerweile stalinisierte SED um zwei entscheidende Punkte: Es galt zuerst den neuen Staat als Ganzes unter die Kontrolle der Partei zu bekommen, was besonders die Verschmelzung von Partei- und Staatsfunktionen durch ein umfassendes Kadersystem bedeutete. Von dieser Herrschaftsposition aus konnte dann die zentral gesteuerte Wirtschaftsplanung realisiert werden.³¹ Im Mai 1950 erklärte Oelßner zwar öffentlich, dass die politische Voraussetzung für den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, noch immer fehle. Doch hoffte er, dass mit der Entstehung einer »Volksdemokratie« sehr bald die für den Aufbau des Sozialismus benötigten »Funktionen der Diktatur des Proletariats« ausgeübt werden könnten.³²

Mit welcher Schärfe sich die SED-Spitze zur Diktatur des Proletariats als Parteidiktatur bekannte, machte Oelßner in derselben Rede deutlich: Er lobte überschwänglich Lenin und



Bundesarchiv, Bild 183-S88647, Walter Heilig

Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 in Berlin: Die konstituierende Sitzung der Provisorischen Volkskammer. Rechts außen Hermann Matern.

Stalin und den Weg der sowjetischen Genossen zur Diktatur als den einzig möglichen. Selbst Rosa Luxemburg, die Parteigründerin der KPD, fand keine Gnade mehr: Oelßner machte ihr den absurden Vorwurf, sie habe »halbmenschewistische [also: halb-sozialdemokratische] Auffassungen« vertreten und deshalb 1918/19 mit der KPD »keine marxistisch-leninistische Partei« gegründet.³³

Folgt man der DDR-Geschichtswissenschaft, dann hatten sich im Laufe des Jahres 1950 wesentliche Elemente einer Diktatur des Proletariats sowjetischen Typs herausgebildet: Zunächst war das die Schaffung eines Einheitsstaates auf demokratisch-zentralistischer Basis unter Führung der SED, der »Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse«, und hier vor allem die Durchsetzung der langfristigen Wirtschaftsplanung, sodann die Etablierung eines Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und zentraler Justizorgane zur Niederhaltung

sämtlicher Gegner der neuen Ordnung und nicht zuletzt die »Anwendung sozialistischer Wahlrechts- und Wahlprinzipien bei den Oktoberwahlen 1950«. ³⁴ Mit der Durchsetzung des Einheitslistenwahlprinzips hatte sich die Einheitspartei nun endgültig von einem letzten zentralen Element der »bürgerlichen Demokratie« verabschiedet. Dem vorausgegangen war die Liquidierung bürgerlicher Widerstandspotentiale in den Reihen von CDU und LDP.

Die Proletarier und die Diktatur

Am 5. Mai 1953 verkündete Walter Ulbricht, der starke Mann der SED und DDR, dass der neue Staat die Funktionen der Diktatur des Proletariats« bereits »erfolgreich aus[führe]«. ³⁵ Nur wenige Wochen später erwies sich diese Einschätzung als pure Illusion: Ausgerechnet diejenigen, in deren Namen die Diktatur errichtet und durchgesetzt werden sollte, kündigten ihrer vermeintlichen Vorhut, der SED, in drastischer Weise die Gefolgschaft. Am 17. Juni 1953 brachten Hunderttausende streikende Arbeiter die Diktatur ins Wanken. In fast allen größeren Städten der DDR protestierten sie gegen soziale Härten und für (mehr) politischen Pluralismus. Zu den Forderungen zählten u. a. die Bildung von Arbeiterräten, die Schaffung einer Arbeiterregierung unter Einbeziehung der SPD, die sofortige Ablösung des Diktators Ulbricht und freie Wahlen. In Bitterfeld und Görlitz kam es sogar zur Wiedergründung der SPD durch gestandene Gewerkschafter und Funktionäre. Eine relevante Gegenbewegung von Arbeitern zum Erhalt ihrer vermeintlichen Diktatur hat es nirgendwo gegeben. Die Diktatur des Proletariats als Parteidiktatur schien an einem einzigen Tag beendet. Nur durch das Eingreifen der sowjetischen Armee vermochte die Staatspartei SED ihre Diktatur zu retten.

Wie konnte es dazu kommen? Die Durchsetzung der Diktatur hatte gewiss auch Befürworter gehabt – etwa Parteifunktionäre, die davon überzeugt waren oder junge Schriftsteller wie Erich Loest, die sich von der Übergangsperiode dieser Diktatur die »gerechteste« künftige Demokratie versprachen ³⁶ oder viele junge Aufsteiger aus der Arbeiterschaft, die als neue Elite die Stellen derer einnahmen, die nach 1945 »gesäubert« worden waren. Doch die Mehrheit der Bevölkerung gehörte nicht dazu. Zumal sich mit der 2. SED-Parteikonferenz vom Juli 1952



Bundesarchiv, B 145 Bild-F065142-0005, Richard Perlia

17. Juni 1953: Demonstranten mit Deutschland-Flaggen vor dem Brandenburger Tor, Ost-Berlin.

die Zumutungen für diese Mehrheit beträchtlich vergrößert hatten: Für den »Aufbau der Grundlagen des Sozialismus« wurden die Arbeitsnormen für die Arbeiterschaft heraufgesetzt, die Steuerschrauben für die noch verbliebenen Unternehmer angezogen, Investitionsmittel für eine neue Rüstungsindustrie vergeudet, die Militarisierung der Gesellschaft vorangetrieben, die innerdeutsche Grenze weiter befestigt und abgeschottet und die Kirchen noch härter bekämpft.

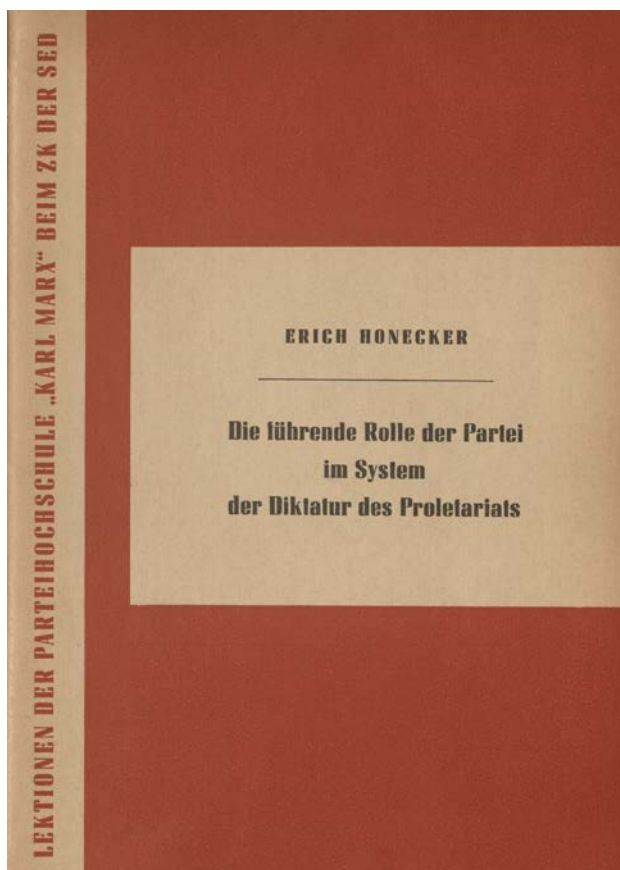
Nach diesem Aufstand reagierte die SED-Führung einerseits mit Härte und andererseits mit Zugeständnissen, um weite Teile der Arbeiterschaft zu befrieden. Deutsche und sowjetische Gerichte verurteilten viele Aufstandsführer aus der Arbeiterschaft zu drakonischen Strafen und schüchterten damit andere ein. Ulbrichts Ziehsohn Erich Honecker ließ im Namen der Parteiführung einige Zeit später (1959) keinen Zweifel



Bundesarchiv, B 145 Bild-F005192-0009A, Richard Perlia

17. Juni 1953: Sowjetischer Panzer in Ost-Berlin.

daran, dass die DDR-Bevölkerung in einer Diktatur lebe, aber eben nicht in einer Diktatur, in der das Proletariat bestimmt: »Es besteht kein Zweifel, die Führung durch die Partei ist das Wichtigste in der Diktatur des Proletariats.«³⁷ Doch selbst in der SED ging der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft kontinuierlich zurück. Noch in den 1940er Jahren waren KPD und SPD und zuerst auch die SED mehrheitlich Arbeiterparteien gewesen. Später dominierten die staatsnahen Schichten die Partei. Allerdings wurden weite Teile der Arbeiterschaft in diese Diktatur eingebunden: Etwa mit dem Aufbau von Betriebsambulanzen, Betriebskindergärten und einem dichten Netz von Kultur- und Sozialeinrichtungen. Wolfgang Engler ist zuzustimmen, wenn er meint, dass die Arbeiterschaft zwar nicht die politische Herrschaft ausübt, aber Normen und Ideale bestimmt habe.



Erich Honeckers Vortrag an der SED-Parteihochschule »Karl Marx« als Broschüre 1959.

Vor neuen Herausforderungen: Die Verteilung der Diktatur 1968 und 1976

Mit dem Sturz Nikita Chruschtschows als sowjetischer Partei- und Staatschef 1964 war nicht nur der Abbruch der liberaleren »Tauwetterperiode« verbunden gewesen, sondern auch die allzu optimistische Vorstellung vom Übergang in den Kommunismus. Hatten die Kommunisten in Moskau und Ost-Berlin genau deswegen schon geglaubt, die Übergangsperiode der Diktatur des Proletariats durchschritten zu haben, erfolgte nun die Rolle rückwärts. Leonid Breschnew betonte erneut die Realität der Übergangsperiode und Walter Ulbricht folgte ihm bald nach. Das Beharren auf der Realität der proletarischen Diktatur stand auch im Zusammenhang mit ernsthaften Herausforderungen im eigenen Lager. In der DDR setzte die Staatspartei SED 1968 eine neue Verfassung durch, die diese Gegebenheiten berücksichtigte: Jetzt bezeichnete sich die DDR als »sozialistischer Staat« und als »politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land«. Die weitere Verwirklichung des Sozialismus sollte sich »unter Führung der Arbeiterklasse *und* ihrer marxistisch-leninistischen Partei« vollziehen. Im Programm und Statut der SED wurde der Artikel 1 der Verfassung insoweit konkretisiert, als dort nicht etwa der Arbeiterklasse *und* der SED gleichberechtigt die Führung anheimgestellt wurde, sondern einzig der Partei.

Auch wenn in beiden Verfassungen (1968 und 1974) die Formel von der »Diktatur des Proletariats« keine Erwähnung fand, so machten Inhalt und ausführlicher Kommentar der Verfassung deutlich, dass es sich bei der DDR sehr wohl um eine »Form der Diktatur des Proletariats« handelte. Allerdings sahen sich die Herausgeber des offiziellen



picture alliance / ZB | ddrbildarchiv, 19023132

Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, legt am 31.1.1968 in Berlin dem Präsidium der Volkskammer den Entwurf einer neuen »Sozialistischen Verfassung der DDR« vor.

Verfassungskommentars veranlasst, den »zutiefst demokratischen Inhalt des politischen Wesens der sozialistischen Staatsmacht hervorzuheben«, da es doch »seit den Tagen der siegreichen Oktoberrevolution in Russland zu den Gepflogenheiten konterrevolutionärer Propaganda« gehöre, den »sozialistischen Staat als angebliche Gewaltherrschaft der Kommunistischen Partei, als ›Terrorregime‹, ›Totalitarismus‹ oder durch ähnliche Unsinnigkeiten zu verunglimpfen«. Diese anti-kommunistische Propaganda spekuliere auf die Unkenntnis der marxistisch-leninistischen Staatstheorie. Die Herausgeber antworteten mit dem bekannten Hinweis Lenins, wonach die Diktatur des Proletariats »millionenfach demokratischer« sei als »die demokratischste bürgerliche Republik«.³⁸

Schwierigkeiten bei der Erklärung der diktatorischen Selbstzuschreibung ergaben sich vor allem im Schulwesen der DDR. Hier erfuhr die »Rolle des sozialistischen Staates« und der ihr zugrunde liegenden »Lehre« von der Diktatur des Proletariats



Bundesarchiv, Plak 100-007-006, o. Ang.

Propagandaplatat anlässlich des Volksentscheides über die neue Verfassung der DDR, 1968.

breite Behandlung. So sahen sich Lehrbuchherausgeber veranlasst, sich mit Argumenten der »Gegner des Sozialismus« langwierig auseinanderzusetzen: Sie würden, so der Vorwurf, die »Begriffe Diktatur und Demokratie einander gegenüber[stellen] und behaupten, beides sei unvereinbar«. Aus dem Umstand, dass sich die »Arbeiterklasse im Unterschied zur Bourgeoisie offen zu ihrer Diktatur« bekenne, werde »geschlossen, dass der sozialistische Staat undemokratisch und der bürgerliche Staat höchster Ausdruck von Freiheit und Demokratie« sei. Doch sei der bürgerliche Staat eben keine unabhängige und »neutrale« Institution, sondern das Machtinstrument des Monopolkapitals, das die »kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse« auch mit Hilfe eines bürgerlichen Parteiensystems aufrechterhalte. Wenn Lehrbuchherausgeber weiter erklärten, »keine Frage« habe die »Gegner der Arbeiterklasse [...] so verwirrt« wie die des Staates, dann dürfte eher der Umkehrschluss plausibel gewesen sein.³⁹ Denn für Schüler wie für Ältere war sehr wohl zu erkennen, dass in der DDR nicht *die* Arbeiterklasse regierte, sondern die Staatspartei SED und insbesondere ihre Führungszirkel, gestützt auf das Ministerium für Staatssicherheit, das Erich Mielke selbst als »spezielles Organ der Diktatur des Proletariats« kennzeichnete.⁴⁰

Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und der führenden Rolle der Partei wurde durch die SED selbst immer wieder in jenen Momenten in den Vordergrund gerückt, in denen andere kommunistische Parteien »Aufweichungserscheinungen« erkennen ließen. Als beispielsweise die tschechoslowakische kommunistische Partei in ihrem Aktionsprogramm vom April 1968 erklärte, die »Diktatur des Proletariats« habe in der ČSSR »seine wichtigste historische Aufgabe erfüllt«, die Partei sei nun aber nicht länger das »Instrument« dieser Diktatur, erhob besonders die SED schärfsten Widerspruch. Es war der Partei- und Staatschef Ulbricht selbst, der in diesem Zusammenhang das »gesetzmäßige Wachsen der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei« betonte. Pluralisierungen wie im sozialistischen Nachbarland

brachte er konsequenterweise mit »feindlichen Einflüssen« und mit dem »schleichenden Gift der bürgerlichen Ideologie« in Verbindung. Nach dem gewaltsamen Ende des »Prager Frühlings« äußerte der Partei- und Staatschef der DDR, im Nachbarland hätten einige Leute eine Demokratie einführen wollen, »die es noch nirgends gab und nirgends gibt.«⁴¹

Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker sah sich zu Beginn der 1970er Jahre noch größeren Herausforderungen gegenüber. Das hatte vor allem mit dem entschiedenen Auftreten von mehreren westeuropäischen kommunistischen Parteien zu tun, die sich im Gegensatz zu den Ostblock-Parteien als »Eurokommunisten« bezeichneten: Sie verzichteten öffentlichkeitswirksam auf leninistische Prinzipien, vor allem aber auf den Begriff der Diktatur des Proletariats, den sie als Ballast betrachteten. Honecker und die SED reagierten unwirsch und dogmatisch zugleich: Auf dem IX. Parteitag der SED (Mai 1976) sah sich der Diktatur-Verfechter Honecker zu folgender Grundsatzbemerkung veranlasst. Unter Rückgriff auf die »klassische« Marx-Definition in den »Randglossen« dozierte er unter »starken, anhaltenden Beifall«: »Ohne sie [die ›Diktatur des Proletariats‹] ist in der bisherigen Geschichte nirgends eine sozialistische Gesellschaft errichtet worden. Die Erfahrungen der revolutionären Arbeiterklasse, auch unsere eigenen Erfahrungen, bestätigen diesen marxistisch-leninistischen Grundsatz.« Daraus zog er die Konsequenz einer »weiteren allseitigen Stärkung des sozialistischen Staates [...] als einer Form der Diktatur des Proletariates.«⁴² Eine solche Deutung hatte mit Marx nichts mehr zu tun, hatte der doch der diktatorischen Übergangsphase nur eine relativ kurze Zeitspanne zugemessen.

Auf dem nur wenige Wochen später stattfindenden Weltkongress der Kommunistischen Parteien in Ost-Berlin boten die Führer der »Eurokommunisten« Honecker entschieden Paroli: Sie begründeten dort vor großem Publikum ihren Verzicht auf den Begriff der Diktatur des Proletariats, der eben im Ostblock nur als Parteidiktatur existiere. Zugleich bekannten sie sich zu politischem Pluralismus. Die SED war auch deswegen



*Bundesarchiv/Horst Sturm,
Bild 183-76791-0009*

Das Bild zeigt Robert Havemann als Sprecher der Kulturbund-Fraktion auf der Sitzung der DDR-Volkskammer am 4. Oktober 1960. Nach kritischen politischen Einlassungen verlor er 1963 sein Volkskammermandat, wurde 1964 aus der SED ausgeschlossen und 1965 als Professor (an der Humboldt-Universität Berlin) entlassen.

geschockt, weil sie im Vorfeld versprochen hatte, die Reden der »Eurokommunisten« im Parteiorgan »Neues Deutschland« »ungekürzt«⁴³ abzudrucken. Die Nervosität stieg weiter, als sich im Nachgang die kritischen Kommunisten Robert Havemann und Wolf Biermann die Haltung der »Eurokommunisten« zu eigen machten. Havemann erklärte, dass der Begriff durch den diktatorischen Missbrauch im Ostblock seine historische Berechtigung für immer verloren habe. Dabei erinnerte er auch süffisant an Rosa Luxemburgs kritischen Russland-Essay, in dem sie harsche Kritik an Lenins Parteidiktatur geübt hatte. Da nützte es der SED-Führung wenig, dass diese ihre bedeutendsten Staatsjuristen wie Klaus Sorgenicht, Gerhard Schüßler oder Karl-Heinz Schöneburg aufbot, um in langwierigen Ausführungen die Legitimität des Diktatur-Begriffs zu begründen.

Fazit

Kehren wir zu den Ausgangsüberlegungen zurück: Gewiss war die DDR eine Diktatur, »die eine sein wollte«. Allerdings betrachteten ihre Parteiideologen dieselbe nicht als eine Diktatur im herkömmlichen Sinne, sondern als »höchste Form der Demokratie«, da in ihr die Bevölkerungsmehrheit, *die* Arbeiterklasse, zur Herrschaft gelangt sei. Insofern erscheint der bloße Hinweis auf die diktatorische Selbstkennzeichnung unbefriedigend. Denn in der DDR übte nicht *die* Arbeiterschaft die politische Herrschaft bzw. Diktatur aus, sondern die sich als Vorhut verstehende (Staats-)Partei SED und ihre Führungsorgane. Parteiführer wie Erich Honecker haben das frühzeitig deutlich gemacht. Für sie war die »Lehre« von der Diktatur des Proletariats eine Art Glaubensvehikel, um die eigene Parteidiktatur »wissenschaftlich« zu legitimieren. Dass es sich bei der DDR um eine Diktatur handelte, konnte jeder wissen und hat es auch in Schule, Studium und Beruf eingepflegt bekommen. Ja, selbst wer schöngestige Literatur in die Hand nahm, durfte damit rechnen, in der Frage der Diktatur des Proletariats belehrt zu werden, so wie mir dies in meiner Jugend mit B. Travens Roman »Regierung« passiert ist. Die Verwendung des Begriffs erfolgte gerade nicht parteiintern und sorgsam abgeschirmt, sondern weithin öffentlich. Schon seit ihrer Bolschewisierung in den späten 1920er-Jahren hatte die KPD nie einen Zweifel daran gelassen, dass sie die (Partei)Diktatur Lenins und Stalins als Vorbild betrachtete; auch dann nicht, als sie 1945 eine taktische Kehrtwende vollzog und den Gegebenheiten im besetzten Vier-Zonen-Deutschland Rechnung tragen musste. Es war nur konsequent, dass sie als SED die eigene »führende Rolle« auch noch verfassungsrechtlich verankerte. Bis zuletzt verteidigte sie diese Stellung. Die angebliche Dialektik von Diktatur

und Demokratie mag überzeugten Parteifunktionären eingeleuchtet haben, der großen Mehrheit der Bevölkerung aber wohl eher nicht, denn diese hatte die Praxis der Parteidiktatur immer vor Augen. Letztlich und mit Blick auf Marx und Engels war die Vorstellung von der Diktatur des Proletariats eine vor allem auf Fehlannahmen beruhende Kopfgeburt, wenn auch mit weitreichenden Folgen. Karl Kautsky und Rosa Luxemburg haben mit ihren Interpretationen die Diktatur des Proletariats zumindest demokratischer gestalten wollen. Dass mit Lenins Interpretation der Diktatur als Parteidiktatur die autoritärste Variante für die KPD/SED maßgeblich wurde, darf als besondere Tragik der Geschichte gelten.

»Diktatur des Proletariats« – Biographisches Glossar

Ackermann, Anton (1905 – 1973):

Deutscher kommunistischer Politiker und SED-Funktionär. Ursprünglich als Eugen Hanisch geboren, war er zunächst als Strumpfwirker tätig, bevor er sich der kommunistischen Bewegung anschloss. Ab 1926 Mitglied der KPD, ab 1933 führende Positionen im Widerstand in Berlin, später Exil in Prag und Moskau. Er war Mitglied des ZK der KPD und nach 1945 Chefideologe der KPD und Mitglied des SED-Zentralsekretariats. 1948 Widerruf seiner Thesen über den »besonderen deutschen Weg zum Sozialismus«. 1949 Staatssekretär im Außenministerium. Zeitweise fungierte er als DDR-Außenminister und war am Aufbau des DDR-Nachrichtendienstes beteiligt. Nach Konflikten mit Walter Ulbricht verlor er 1953 seine Führungspositionen und wurde in nachgeordnete Funktionen degradiert.

Allende, Salvador (1908 – 1973):

Chilenischer Arzt und sozialistischer Politiker, der von 1970 bis 1973 als Präsident von Chile amtierte. Als Mitbegründer der Sozialistischen Partei Chiles (1933) strebte er eine demokratische Transformation zur sozialistischen Gesellschaft an. Seine Regierung führte umfassende Verstaatlichungen und Sozialreformen durch, was zu politischen Spannungen und wirtschaftlichen Problemen führte. Am 11. September 1973 wurde er durch einen von der CIA unterstützten Militärputsch unter General Augusto Pinochet gestürzt und nahm sich während der Stürmung des Präsidentenpalastes das Leben. Er gilt als Symbol für den friedlichen Weg zum Sozialismus.

Bernstein, Eduard (1850 – 1932):

Deutscher sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker, der als Begründer des Revisionismus innerhalb der SPD gilt. Während des Sozialistengesetzes 1878–1890 schrieb er für die Exilzeitung »Der Sozialdemokrat« und entwickelte später seine reformsozialistische Theorie, die eine graduelle Transformation der kapitalistischen Gesellschaft durch demokratische Reformen und gewerkschaftliches Engagement anstelle einer Revolution propagierte. Bernstein war mehrfach Reichstagsabgeordneter sowie Mitbegründer und zeitweiliges Mitglied der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), die aus Protest gegen die Burgfriedenspolitik der SPD im Ersten Weltkrieg entstand. Er galt als scharfer Kritiker Lenins und der Bolschewiki.

Engels, Friedrich (1820 – 1895):

Deutscher Philosoph, Gesellschaftstheoretiker und Unternehmer, der zusammen mit Karl Marx die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus entwickelte. Seine Schrift »Die Lage der arbeitenden Klasse in England« (1845) war eine der ersten systematischen Analysen des Industriekapitalismus. Gemeinsam mit Marx verfasste er das Kommunistische Manifest (1848) und arbeitete an der Vervollendung von Marx' »Das Kapital«. Nach Marx' Tod gab er dessen unvollendete Werke heraus und prägte maßgeblich die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung. In der Spätphase seines Lebens zeigte er sich offen für einen parlamentarischen und friedlichen Weg zum Sozialismus.

Havemann, Robert (1910 – 1982):

Deutscher Chemiker und Kommunist, der später zu einem der bekanntesten Regimekritiker der DDR wurde. Zunächst Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und zum Tode verurteilt, wurde er nach dem Krieg Professor für Physikalische Chemie an der Humboldt-Universität Berlin. Obwohl er als Volkskammermitglied zu den Gründern der DDR gehörte,

entwickelte er sich ab den 1960er Jahren zu einem scharfen Kritiker des SED-Regimes. Seine Forderungen nach Demokratisierung und wissenschaftlicher Freiheit führten zu seiner Entlassung und schließlich zu jahrelanger Isolation und Überwachung. Seine Schriften wie »Dialektik ohne Dogma?« wurden zu wichtigen Dokumenten der DDR-Opposition.

Honecker, Erich (1912 – 1994):

Deutscher kommunistischer Politiker und von 1976 bis 1989 Staatsratsvorsitzender der DDR. Als Sohn einer Bergarbeiterfamilie aus dem Saarland schloss er sich früh der kommunistischen Jugendbewegung an und war während der NS-Zeit im Widerstand aktiv. Nach achtjähriger Haft in NS-Strafanstalten stieg er nach Kriegsende in der SED-Hierarchie auf und übernahm 1971 bzw. 1976 die Partei- und Staatsführung der DDR. Unter seiner Herrschaft verfestigte sich das autoritäre System der DDR, symbolisiert durch den Bau der Berliner Mauer 1961, deren Errichtung er als Sicherheitssekretär maßgeblich organisierte. Die friedliche Revolution von 1989 beendete seine Herrschaft.

Kautsky, Karl (1854 – 1938):

Aus Österreich stammender sozialdemokratischer Theoretiker und Politiker, der aufgrund seiner Tätigkeit für die SPD die Ausrichtung der europäischen Arbeiterbewegung maßgeblich prägte. Dies tat er vor allem als Herausgeber und Chefredakteur der SPD-Theoriezeitschrift »Die Neue Zeit«. Er war 1917 Gründungsmitglied der USPD und wurde nach der russischen Oktoberrevolution zu einem scharfen Kritiker des Bolschewismus und Lenins. In Abgrenzung zur sowjetischen Parteidiktatur plädierte er für die Idee eines demokratischen Sozialismus. Seine Schriften prägten die sozialdemokratische Bewegung nachhaltig.

Leonhardt, Wolfgang (1921 – 2014):

Deutscher Historiker, der als einer der wenigen hochrangigen DDR-Funktionäre in den Westen flüchtete. Als Sohn

kommunistischer Eltern emigrierte er 1935 mit seiner Mutter in die Sowjetunion, wo er an einer Kaderschule kommunistisch ausgebildet wurde. 1945 kehrte er als Mitglied der »Gruppe Ulbricht« nach Deutschland zurück und machte politisch Karriere. 1949 brach er jedoch mit dem System und flüchtete nach Jugoslawien und später in die Bundesrepublik, wo er zu einem renommierten Experten für Kommunismus und Osteuropafor-schung wurde. Seine Autobiografie »Die Revolution entlässt ihre Kinder« wurde zu einem Standardwerk über die frühe DDR.

Lenin, Wladimir Iljitsch (1870 – 1924):

Russischer Politiker, Revolutionär und Begründer des Sowjetstaates. Er studierte Rechtswissenschaften und war als Anwalt tätig. Schon früh kam er mit der russischen revolutionären Bewegung in Kontakt und wurde Anhänger des Marxismus. Von der russischen Geheimpolizei verfolgt und verbannt, später Exil in Deutschland und der Schweiz. Nach 1900 avancierte er zu einem der einflussreichsten Führern der russischen Sozialdemokratie. Er entwickelte die Konzeption der Kaderpartei, die er mit der Spaltung der Partei 1903 in »Bolschewiki« (Mehrheitler) und »Menschewiki« (Minderheitler) auch in der Praxis forcierte, wobei die Bezeichnung Bolschewiki die innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse nicht wirklich widerspiegelte. Im Frühjahr 1917 nach Russland zurückgekehrt, wurde er Führer der Partei der Bolschewiki (später KPdSU) und nach dem mit Leo Trotzki realisierten Putsch Chef der neuen Revolutionsregierung.

Luxemburg, Rosa (1871 – 1919):

Polnisch-deutsche Marxistin, Antimilitaristin und eine der einflussreichsten Theoretikerinnen der internationalen Arbeiterbewegung. Nach ihrem Studium der Nationalökonomie in Zürich wurde sie zu einer scharfen Kritikerin sowohl des Reformismus Bernsteins als auch später des Bolschewismus Lenins. Als Gründungsmitglied der KPD wurde sie zusammen mit Karl Liebknecht während des Januaraufstands 1919 von

rechten Freikorps-Soldaten ermordet. Ihre Schriften zur Akkumulationstheorie und zur revolutionären Strategie beeinflussten die marxistische Theorie nachhaltig.

Matern, Hermann (1893 – 1971):

Deutscher kommunistischer Politiker und führendes Mitglied der SED. Von den Nazis 1933 verhaftet, konnte er ein Jahr später aus dem Gefängnis flüchten und lebte bis 1945 im sowjetischen Exil, wo er zuletzt die KPD-Parteischule leitete. Nach dem Krieg avancierte er zu einem wichtigen Funktionär der KPD und SED in Sachsen und Berlin. Er gehörte dem Politbüro des ZK der SED an und war jahrelang Mitglied des Staatsrats der DDR. Matern galt als treuer Gefolgsmann Walter Ulbrichts und spielte eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der SED-Herrschaft in der DDR.

Oelßner, Fred (1903 – 1977):

Deutscher kommunistischer Politiker und Wirtschaftstheoretiker der DDR. Er wurde früh politisch aktiv und trat 1920 der KPD bei. Während der Weimarer Republik war er als KPD-Funktionär tätig und emigrierte nach der Machtübernahme der Nazis in die Sowjetunion. Nach 1945 gehörte er zu den führenden Funktionären der KPD/SED, so als Sekretär für Propaganda des ZK der SED und als Mitglied des Politbüros. Zwischen 1948 und 1958 galt er als Chefideologe der SED und als einer der wichtigsten Theoretiker der marxistischen Ökonomie in der DDR.

Rubiner, Frida (1879 – 1952):

Kommunistische Schriftstellerin, die eine wichtige Rolle in der kommunistischen Bildungsarbeit spielte. Sie gründete die KPD mit und leitete die Reichsparteischule »Rosa Luxemburg«, die zentrale Bildungseinrichtung der Partei für die Ausbildung von Funktionären. Schon vor 1933 arbeitete sie in der Sowjetunion, später auch im ZK der KPdSU. 1946 kehrte sie nach Deutschland zurück, wo sie an der Parteihochschule der

SED in Berlin als Dekanin tätig war. Rubiner war eine der wenigen Frauen in führenden Positionen der kommunistischen Bewegung und trug zur ideologischen Schulung einer ganzen Generation von KPD- und später SED-Funktionären bei.

Ulbricht, Walter (1893 – 1973):

Deutscher kommunistischer Politiker und von 1950 bis 1971 der mächtigste Mann in der DDR. Als gelernter Tischler aus Leipzig wurde er früh politisch in der SPD aktiv und war bereits in der Weimarer Republik ein führender KPD-Funktionär. Nach der Emigration in die Sowjetunion kehrte er 1945 mit der »Gruppe Ulbricht« nach Deutschland zurück und orchestrierte den Aufbau der SED-Herrschaft. Als Generalsekretär der SED und später als Staatsratsvorsitzender prägte er über zwei Jahrzehnte die Politik der DDR. Unter seiner Führung wurde das autoritäre System etabliert, die Berliner Mauer gebaut und die Planwirtschaft durchgesetzt. Seine diktatorische Herrschaft endete 1971 mit seiner Entmachtung durch Erich Honecker.

Literatur

Anton Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus? In: Einheit, 1 (1946), Heft 1 vom Februar 1946, S. 22–32.

Jan C. Behrens, Diktatur. Moderne Gewaltherrschaft zwischen Leviathan und Beheemoth (Version 2.0). In: Docupedia-Zeitgeschichte vom 20.12.2016.

Günter Benser, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 4: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46), Berlin 2009.

Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin 1921, S. 182 (Erstausgabe 1899).

Lothar Berthold/Ernst Diehl (Hg.), Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (Ost) 1967.

Friedrich Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891. In: MEW, Bd. 22, Berlin (Ost) 1963, S. 225–240.

Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, 1. erweiterte Auflage, Berlin 2019.

Jan Foitzik (Hg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente, München 2012.

Robert Havemann, Berliner Schriften, hrsg. von Andreas Mytze, München 1976.

Erich Honecker, Die führende Rolle der Partei im System der Diktatur des Proletariats, Berlin (Ost) 1959.

Karl Kautsky, Die Diktatur des Proletariats, Wien 1918.

Ilko-Sascha Kowalczyk, Walter Ulbricht. Der kommunistische Diktator (1945–1973), München 2024.

Karsten Krampitz, 1976. Die DDR in der Krise, Berlin 2016.

Malvin J. Laski, Und alles war still. Deutsches Tagebuch 1945, Berlin 2014 (6.-8. September Reise in das sowjetisch besetzte Thüringen).

Lenin, Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Berlin (Ost) 1987.

Erich Loest, Durch die Erde ein Riss. Ein Lebenslauf, Leipzig 1990 (Erstausgabe 1981).

Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution. In: Diess., Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1987 (4. Auflage), S. 332–365.

Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000.

MEW [Marx-Engels Werke], Bd. 28, Berlin (Ost) 1963.

Klaus-Dieter Müller/Joachim Scherrieble/Mike Schmeitzner (Hg.), Der 17. Juni 1953 im Spiegel sowjetischer Geheimdienst Dokumente. 33 geheime MWD-Berichte über das Geschehen in der DDR, Leipzig 2008.

Fred Oelßner, Das Kompromiss von Gotha, Berlin (Ost) 1950.

Joachim Petzold, Die DDR und das Problem der Diktatur des Proletariats. In: Richard Saage (Hg.), Das Scheitern diktatorischer Legitimationsmuster und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Festschrift für Walter Euchner, Berlin 1995, S. 59–78.

Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED vom 18. bis 22. 5. 1976, Berlin (Ost) 1976.

Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms. Aus dem Nachlass von Karl Marx. In: Die Neue Zeit, 9 (1890/91), Nr. 18, 1. Bd., S. 561–575.

Frida Rubiner, Diktatur und Demokratie. Zur Klärung viel mißbrauchter Begriffe. In: Einheit, 2 (1947), Heft 4 von April 1947, S. 334–342.

Mike Schmeitzner, Was war die DDR? Anmerkungen zum Selbstverständnis einer »Diktatur des Proletariats«. In: Deutschland-Archiv, 42 (2009), Heft 6, S. 1042–1051.

Mike Schmeitzner, Lenin und die Diktatur des Proletariats. Begriff, Konzeption, Ermöglichung. In: Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, 14 (2017), Heft 1, S. 17–69.

Mike Schmeitzner (Hg.), Die Diktatur des Proletariats. Begriff – Staat – Revision, Baden-Baden 2022.

Werner Schulz, Die Verteidigung der Diktatur des Proletariats in der DDR. In: Jahrbuch für Ostrecht X/2, 1969 (Sonderdruck), S. 1–37.

Staatsbürgerkunde, Klasse 10, hg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Otto Reinhold, Berlin (Ost) 1984.

B. Traven, Regierung, mit einem Nachwort von Werner Sellhorn, Berlin (Ost) 1964.

Walter Ulbricht, Die Lehre vom Staat. Aus der Rede auf der Gedenkkundgebung anlässlich des 135. Geburtstages von Karl Marx am 5. Mai 1953. In: Ders., Die Entwicklung des volksdemokratischen Staates 1945–1958, Berlin (Ost) 1958, S. 323–328.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente. Kommentar, Bd. 1, hg. von Klaus Sorgenicht, Wolfgang Weichelt, Tord Riemann, Hans-Joachim Semler, Berlin (Ost) 1969.

Siegfried Wietstruk (Hg.), Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1949–1961, Berlin (Ost) 1987.

Wörterbuch der Geschichte. Bd. 1 A-K, Berlin (Ost) 1983.

Endnoten

- 1 Bei dem Text handelt es sich um eine stark überarbeitete und erweiterte Fassung des Beitrags von Schmeitzner, Was war die DDR?.
- 2 Jens Bisky, Die Diktatur, die eine sein wollte. Der Begriff »Unrechtsstaat« verdeckt die Paradoxie der DDR. In: Süddeutsche Zeitung vom 4.3.2009.
- 3 Behrens, Diktatur. Moderne Gewaltherrschaft zwischen Leviathan und Behe-moth (Version 2.0)
- 4 Petzold, Die DDR und das Problem der Diktatur des Proletariats, S. 59.
- 5 Zum Begriff Bolschewiki vgl. das Lenin-Biogramm im Glossar.
- 6 Luxemburg, Zur russischen Revolution, S. 359 und 362 f.
- 7 Traven, Regierung, S. 17, 251, 253 und 386.
- 8 Werner Sellhorn, Nachwort zu Traven. In: ebd., S. 386 f.
- 9 Wörterbuch der Geschichte, Bd. 1, S. 237.
- 10 Karl Marx an Joseph Weydemeyer vom 5.3.1852. In: MEW, Bd. 28, S. 508.
- 11 Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, S. 573.
- 12 Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891, S. 235.
- 13 Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus, S. 182 (Erstausgabe 1899).
- 14 Zit. nach: Schmeitzner, Lenin und die Diktatur des Proletariats, S. 36.
- 15 Lenin, Der »linke Radikalismus«, S. 40.
- 16 Luxemburg, Zur russischen Revolution, S. 362.
- 17 Aufruf der KPD vom 10. Juni 1945. Zit. nach: Benser, Der deutsche Kommunismus, S. 49.
- 18 Kowalczyk, Der kommunistische Diktator, S. 100, verwendet diesen Begriff, meint damit aber vornehmlich die von den Kommunisten unterstellte Diktatur im Interesse der Mehrheit, also der Arbeiterklasse.
- 19 Rede Materns über »Unsere Stellung zum Staat von heute« am 22.9.1945 an der KPD-Kreissschule Chemnitz (SStAC, BPA I-4/05, Bl. 20–25).
- 20 Fred Oelßner, Was ist Demokratie? und: Die SED kämpft für wahrhafte Demokratie. In: Märkische Volksstimme vom 5.7.1946.
- 21 Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, S. 32.
- 22 W[olfgang] Leonhard, Der Weg zum Sozialismus. In: Sächsische Volkszeitung der KPD vom 7.2.1946. Bei dem Beitrag handelte es sich um einen Nachdruck aus dem KPD-Zentralorgan »Deutsche Volkszeitung«.
- 23 Berthold/Diehl (Hg.), Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S. 206.
- 24 Laski, Und alles war still, S. 439.

- 25 Protokoll der 6. Tagung des SED-Parteivorstandes vom 24./25.10.1946 (BA Berlin, SAPMO, DY 30/IV 2/1/10, Bl. 142 f. und 160–164).
- 26 Rubiner, Diktatur und Demokratie, S. 334 und 342.
- 27 Fred Oelßner, Der revolutionäre Weg zum Sozialismus. In: Neues Deutschland vom 11.11.1948.
- 28 Zit. nach: Kowalczyk, Walter Ulbricht. Der kommunistische Diktator, S. 221.
- 29 Ebd.
- 30 Fred Oelßner, Der revolutionäre Weg zum Sozialismus. In: Neues Deutschland vom 11.11.1948.
- 31 Wietstruk (Hg.), Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR, S. 13.
- 32 Oelßner, Das Kompromiss von Gotha, S. 23.
- 33 Ebd., S. 38.
- 34 Wietstruk (Hg.), Entwicklung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR, S. 14 ff. und 23 f.
- 35 Ulbricht, Die Lehre vom Staat, S. 325.
- 36 Loest, Riss, S. 134 f.
- 37 Honecker, Die führende Rolle der Partei, S. 7.
- 38 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente. Kommentar, Bd. 1, S. 217 f.
- 39 Staatsbürgerkunde, Klasse 10, S. 147.
- 40 Zit. nach: Behrens, Diktatur. Moderne Gewaltherrschaft zwischen Leviathan und Behemoth (Version 2.0).
- 41 Zit. nach: Schulz, Die Verteidigung der Diktatur des Proletariats, S. 17 f.
- 42 Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, S. 125.
- 43 Krampitz, 1976, S. 86.

Während sich die Bundesrepublik Deutschland als demokratischer Rechtsstaat verstand, bekannte sich die DDR offen zur »Diktatur des Proletariats«. Doch was verbarg sich tatsächlich hinter diesem Begriff? Und warum rechtfertigte die SED-Führung ihre Herrschaft mit einem Konzept, das nach Unterdrückung klang?



Der Historiker Mike Schmeitzner verfolgt die Entwicklung des Begriffs »Diktatur des Proletariats« von seinen ursprünglichen Begründern Karl Marx und Friedrich Engels über Wladimir Iljitsch Lenin bis hin zu seiner Umsetzung in der DDR. Dabei zeigt er, wie die kommunistische Parteidiktatur den marxistischen Begriff als demokratische Alternative zur »bürgerlichen Demokratie« des Westens etablierte. Millionen DDR-Bürger erfuhren so, dass sie in der »höchsten Form der Demokratie« lebten – der Herrschaft der Arbeiterklasse.